

Am tliche Anzeigen



des

Wiesbadener Tagblatt.

Erscheinungstage:
Dienstag, Donnerstag, Samstag.

Verlags - Fernsprecher: Nr. 2266

No. 111.

Samstag, den 14. September.

1901.

Bekanntmachung.

Die öffentlichen Impfungen finden wieder statt am: 2., 3., 4., 5., 6., 7., 16., 17., 18. September d. J. für Erstimpfungen aus inficirten Häusern am 19. und 20. und für Wiederimpfungen aus solchen Häusern am 21. September d. J.

Das Impflokale befindet sich im Rathhause, Zimmer No. 16, Eingang durch das Portal gegenüber dem Hotel „Zum grünen Wald“.

Eine Woche nach der Impfung sind die geimpften Kinder zur Prüfung des Erfolges im Impfstermine vorzustellen.

Die Angehörigen dürfen sich erst nach Empfangnahme des Impfscheines aus dem Impflokale entfernen.

Die Angehörigen der Impflinge (Eltern, Pflegeeltern und Vormünder) werden ersucht, ihre Kinder bezw. Pflegebefohlenen pünktlich nachmittags um 5 Uhr zur Impfung und Nachschau zu stellen, andernfalls müssen die Kinder, bei Vermeidung der im Reichsimpfgesetz angedrohten Strafen, auf eigene Kosten geimpft werden.

Impfpflichtig sind alle im Jahre 1900 und früher geborenen Kinder, soweit sie nicht mit Erfolg geimpft worden sind oder nach ärztlichem Zeugnis die natürlichen Blattern überstanden haben, ferner diejenigen Kinder, welche in früheren Jahren wegen Krankheit zurückgestellt oder der Impfung vorchriftswidrig entzogen worden sind.

Gleichzeitig mache ich darauf aufmerksam, daß Impfungen von Arm zu Arm nicht stattfinden und daß der zur Verwendung kommende Impfstoff aus dem kaiserlichen Impf-Institut zu Cassel bezogen wird.

Verhaltensvorschriften für Wiederimpfungen.

§ 1. Aus einem Hause, in welchem ansteckende Krankheiten, wie Scharlach, Masern, Diphtherie, Group, Keuchhusten, Flecktyphus, rosenartige Entzündungen oder die natürlichen Blattern herrschen, dürfen die Impflinge zum allgemeinen Termine nicht kommen.

§ 2. Die Kinder sollen im Impfstermine mit reiner Haut, reiner Wäsche und in sauberen Kleidern erscheinen.

§ 3. Auch nach dem Impfen ist möglichst große Reinhaltung des Impflings die wichtigste Pflicht.

§ 4. Die Entwicklung der Impfpusteln tritt im 3. oder 4. Tage ein und ist für gewöhnlich mit so geringen Beschwerden im Allgemeinem verbunden, daß eine Versäumnis des Schulunterrichts deshalb nicht notwendig ist. Nur wenn ausnahmsweise Fieber eintritt, soll das Kind zu Hause bleiben. Stellen sich vorübergehend größere Rötze und Anschwellungen der Impfstellen ein, so sind kalte, häufig zu wechselnde Umschläge mit abgekochtem Wasser anzuwenden. Die Kinder können das gewohnte Baden fortsetzen. Das Turnen ist vom 3. bis 12. Tage von Allen, bei denen sich Impfpusteln bilden, ausgesetzt. Die Impfstellen sind, solange sie nicht vernarbt sind, sorgfältig vor Beschmutzung, Kratzen und Stoch, sowie vor Reibungen durch enge Kleidung und vor Druck von Kissen zu hüten. Insbesondere ist der Verkehr mit solchen Personen, welche an eitrigen Geschwüren, Hautausschlägen oder Windpocken (Rothlauf) leiden, und die Benutzung der von ihnen gebrauchten Gegenstände zu vermeiden.

§ 5. Bei jeder erheblichen, nach der Impfung entstehenden Erkrankung, ist ein Arzt anzuziehen, der Impfarzt ist von solchen Erkrankungen, welche vor der Nachschau oder innerhalb 14 Tagen nach derselben eintreten, in Kenntnis zu setzen.

§ 6. An dem im Impfstermine bekannt zu gebenden Tage erscheinen die Impflinge zur Nachschau. Kann ein Kind am Tage der Nachschau wegen erheblicher Erkrankung, oder weil in dem Hause eine ansteckende Krankheit herrscht (§ 1), nicht in das Impflokale kommen, so haben die Eltern oder deren Vertreter dieses spätestens am Terminlage dem Impfarzt anzuzeigen.

§ 7. Der Impfschein ist sorgfältig aufzubewahren.

Verhaltensvorschriften für die Angehörigen der Erstimpfungen.

§ 1. Aus einem Hause, in welchem ansteckende Krankheiten, wie Scharlach, Masern, Diphtherie, Group, Keuchhusten, Flecktyphus, rosenartige Entzündungen oder die natürlichen Blattern herrschen, dürfen die Impflinge zum allgemeinen Termine nicht gebracht werden.

§ 2. Die Eltern des Impflinges oder deren Vertreter haben dem Impfarzt vor der Ausführung der Impfung über frühere oder noch bestehende Krankheiten des Kindes Mitteilung zu machen.

§ 3. Die Kinder müssen zum Impfstermine mit reinigstschonem Körper und mit reinen Kleidern gebracht werden.

§ 4. Auch nach dem Impfen ist möglichst große Reinhaltung des Impflinges die wichtigste Pflicht.

§ 5. Man verlaume eine tägliche sorgfältige Waschung nicht.

§ 6. Die Nahrung des Kindes bleibe unverändert.

§ 7. Bei günstigem Wetter darf das Kind freie Frische genossen werden. Man vermeide im Sommer nur die heißen Tagesstunden und die heisse Sonnenhitze.

gung Die Impfstellen sind mit großer Sorgfalt zu heilen, Kratzen und vor Verunreinigung zu bewahren, sie dürfen nur mit frischer

gereinigten Händen berührt werden, zum Waschen der Impfstellen darf nur reine Leinwand oder reine Watte verwendet werden.

Vor Berührung mit Personen, welche an eitrigen Geschwüren, Hautausschlägen oder Windpocken (Rothlauf) erkrankt sind, ist der Impfling sorgfältig zu bewahren, um die Uebertragung von Krankheitskeimen in die Impfstellen zu verhüten, auch sind die von solchen Personen benutzten Gegenstände von dem Impflinge fernzuhalten. Kommen unter den Angehörigen des Impflinges, welche mit ihm denselben Haushalt theilen, Fälle von Krankheiten der obigen Art vor, so ist es zweckmäßig, den Rath eines Arztes einzuholen.

§ 9. Nach der erfolgreichen Impfung zeigen sich vom vierten Tage ab kleine Bläschen, welche sich in der Regel bis zum neunten Tage unter mäßigem Fieber vergrößern und zu erhabenen von einem roten Entzündungshof umgebenen Schup-pocken entwickeln. Dieselben enthalten eine klare Flüssigkeit, welche sich am achten Tage zu trüben beginnt. Vom zehnten bis zwölften Tage beginnen die Pocken zu einem Schorfe einzutrocknen, der nach drei bis vier Wochen von selbst abfällt.

Die erfolgreiche Impfung läßt Narben von der Größe der Pusteln zurück, welche mindestens mehrere Jahre hindurch deutlich sichtbar bleiben.

§ 10. Bei regelmäßigem Verlaufe der Schup-pocken ist ein Verband überflüssig, falls aber in der nächsten Umgebung derselben eine starke, breite Rötze entstehen sollte, sind kalte, häufig zu wechselnde Umschläge mit abgekochtem Wasser anzuwenden; wenn die Pocken sich öffnen, ist ein reiner Verband anzulegen.

Bei jeder erheblichen, nach der Impfung entstehenden Erkrankung ist ein Arzt anzuziehen; der Impfarzt ist von jeder solchen Erkrankung, welche vor der Nachschau oder innerhalb 14 Tagen nach derselben eintreten, in Kenntnis zu setzen.

§ 11. An dem im Impfstermine bekannt zu gebenden Tage erscheinen die Impflinge zur Nachschau. Kann ein Kind am Tage der Nachschau wegen erheblicher Erkrankung, oder weil in dem Hause eine ansteckende Krankheit herrscht (§ 1), nicht in das Impflokale gebracht werden, so haben die Eltern oder deren Vertreter dieses spätestens am Terminlage dem Impfarzt anzuzeigen.

§ 12. Der Impfschein ist sorgfältig aufzubewahren.

Wiesbaden, 20. August 1901.

Der Polizei-Präsident. A. Prinz v. Ratibor.

Bekanntmachung.

Diejenigen Herren Aerzte, welche in ihrer Privatpraxis Impfungen vornehmen, mache ich auf die Befehle und Vorschriften des Bundesrathes vom 28. Juni 1899 zur Ausführung des Impfgesetzes nebst den Erläuterungen hierzu (Verordnungsblatt Nr. 13 des Amtsblattes der königlichen Regierung zu Wiesbaden vom 29. März 1900) aufmerksam.

Indem ich die Herren Aerzte um genaue Befolgung dieser Vorschriften ersuche, weise ich besonders auf die §§ 16 und 17 a. a. O. hin, welche lauten:

§ 16. Die Impfung wird der Regel nach auf einem Oberarm vorgenommen, und zwar bei Erstimpfungen auf dem rechten, bei Wiederimpfungen auf dem linken Arme. Es genügen vier leichte Schnitte von höchstens 1 Centimeter Länge. Die einzelnen Impfschnitte sollen mindestens 2 Centimeter von einander entfernt liegen. Stärkere Blutungen beim Impfen sind zu vermeiden. Einmaliges Einstreichen der Nadel in die durch Anspannen der Haut kassend gehaltenen Wunden ist im Allgemeinen ausreichend.

Das Auftragen der Nadel mit dem Pinzel ist verboten.

Uebrig gebliebene Mengen von Nadeln dürfen nicht in das Gefäß zurückgeführt oder zu späteren Impfungen verwendet werden.

§ 17. Die Erstimpfung hat als erfolgreich zu gelten, wenn mindestens eine Pustel zur regelmäßigen Entwicklung gekommen ist. Bei der Wiederimpfung genügt für den Erfolg schon die Bildung von Knötchen oder Bläschen an den Impfstellen.

Druckreglemente der Vorschriften, welche von den Aerzten bei der Ausführung des Impfgeschäftes zu befolgen sind, sowie der Verhaltensvorschriften für die Angehörigen der Impflinge und Wiederimpfungen sind in der Buchdruckerei von Plann, Moritzstraße No. 27, hieselbst zu haben.

Ferner mache ich hierüberst aufmerk-sam, daß seitens der Herren Aerzte bei Abgabe von Attesten, in welchen gemäß der §§ 2 und 10 des Reichsimpfgesetzes vom 8. April 1874 in gültiger Form (§ 10) die Notwendigkeit der Zurückstellung eines Impflings bezw. Wiederimpfungs bezeugt werden soll, nur das durch den Bundesrath-beschluß vom 30. October 1874 (Min.-Bl. für d. i. R. S. 235) vorgeschriebene Formular 3 zu be-nutzen ist. Es unterliegt dabei keinem Bedenken, wenn das Wort „dann“ des Vordrucks in dem bezeichneten Formular gelegentlichfalls in „sonnt“ umgeändert wird.

Ist ein Impfpflichtiger auf Grund eines ärzt-lichen Zeugnisses von der Impfung zweimal befreit worden, so kann die fernere Befreiung nur durch den zuständigen Impfarzt erfolgen (§ 2 Abs. 2 des Impfgesetzes).

Wiesbaden, den 15. April 1901.

Der Polizei-Präsident. A. Prinz v. Ratibor.

Auszug

aus der Polizei-Verordnung, betreffend das Melde-wesen vom 17. Februar 1900.

§ 6. Durchreisende Fremde.

Durchreisende Fremde (Badegäste, Reisende u.), welche in Privathäusern für Entgelt oder unentgeltlich Wohnung nehmen, sind binnen 24 Stunden durch den Wohnunggeber bei dem Bureau des Polizeireviers an- bzw. abzumelden.

Gast- und Herbergswirthe haben täglich bis 11 Uhr Vormittags alle während des vorher-gegangenen Tages oder während der Nacht an-gekommenen bzw. abgereisten Fremden bei dem Bureau des Polizeireviers an- bzw. abzumelden.

Die Meldung der Fremden geschieht schriftlich durch zwei Meldezeile, welche enthalten müssen: Vor- und Nachname, Stand oder Gewerbe, Geburts- und Wohnort und Nationalität des Fremden.

Die Gast- und Herbergswirthe sind verpflichtet, ein Fremdenbuch nach dem Muster 4 zu halten, das für einen jeden Fremden alsbald nach seiner An-kunft zur Eintragung vorzulegen und auf die richtige und vollständige Ausfüllung der Meldekarten zu achten. Vorstehendes wird hiermit wiederholt zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Der Polizei-Präsident. A. Prinz v. Ratibor.

Bekanntmachung.

Auszug aus der Straßenpolizei-Verord-nung für die Stadt Wiesbaden vom 18. September 1900.

§ 2. Biffer 2.

Das Anbieten oder Anpreisen von Verkaufs-gegenständen durch überlauten Rufen oder in anderer geräuschvoller Weise (§ 2. B. mittelst bestiger oder anhaltenden Schellens, Hornblasens, Pfeifens) ist verboten.

Biffer 3.

Ferner ist das Freiliegen von Blumen, Wildern, Spielwaren, Obst, Schwaaren, Getränken, Cigarren, Ansichtspostkarten und dergleichen Verkaufsgegen-ständen auf öffentlichen Straßen, außer auf festen von der königlichen Polizei-Direction genehmigten Standplätzen, untersagt.

Biffer 4.

Zur öffentlichen Strafe werden hier, wie überall in dieser Verordnung, auch die öffentlichen Plätze, Wege, Brücken (soweit dieselben nicht der Land-s Straßenpolizei oder dem Fährwesen unterliegen) und Durchgänge, sowie solche im Privatbesitz befindlichen Straßen und Wege, in welchen der öffent-lich ein öffentlicher Verkehr stattfindet, endlich auch die vor der Straßentransport der Häuser belegenen Treppen und Rampen gerednet.

Auf vorstehende Bestimmungen wird hiermit ausdrücklich hingewiesen und bemerkt, daß hiernach auch das Freiliegen, bezw. der Verkauf von „Fruchtleis und Wadwaaren“ auf öffentlichen Straßen, außer auf festen von hier aus genehmigten Standplätzen, untersagt ist.

Der Polizei-Präsident. A. Prinz v. Ratibor.

Bekanntmachung.

Es wird darauf hingewiesen, daß es im eigenen Interesse der Arbeitgeber liegt, bei Errichtung oder wesentlichen Veränderungen ihrer gewerblichen An-lagen den königlichen Gewerbeaufsichtsbeamten (Gewerbe-Inspektor) in Rath zu ziehen, damit zur Vermeidung nachträglicher Weiterungen und un-nöthiger Kosten von vornherein diejenigen Ein-richtungen getroffen werden können, deren es zur Er-füllung der durch die Bestimmungen der §§ 120 a, d der Gewerbeordnung den Betriebsunternehmern auferlegten Pflichten bedarf.

Der Polizei-Präsident. A. Prinz v. Ratibor.

Bekanntmachung.

Um auch den in der Woche den Tag über durch ihre Vergesellschaft in Anspruch genommenen Personen Gelegenheit zur mündlichen Verhandlung mit den Beamten der königlichen Gewerbe-Inspection zu geben, finden für die königliche Gewerbe-Inspection in Wiesbaden besondere Sprech-stunden am 1. und 3. Sonntag jeden Monats, Vormittags von 11 1/2 bis Mittags 1 1/2 Uhr und am Sonnabend den 2. und 4. Woche jeden Monats Nachmittags von 5 1/2 bis 7 1/2 Uhr in deren Ge-schäftslokale, Dogheimstraße 5, hier statt.

Der Polizei-Präsident. A. Prinz v. Ratibor.

Polizei-Verordnung.

Auf Grund der §§ 5 und 6 der Allerhöchsten Verordnung vom 20. September 1897 über die Polizei-Verwaltung in den neuverordneten Landes-theilen, sowie der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 wird mit Zustimmung des Gemein-de-Vorstandes für den Polizei-Bezirk Wiesbaden nach-stehende Polizei-Verordnung erlassen.

§ 1.

Es darf keine Leiche vor Beibringung einer von einem approbirten Arzte ausgefertigten Todes-Becheinigung zur Beerdigung kommen.

Diese Becheinigung ist unter Berücksichtigung der nachfolgenden Ausführungs-Bestimmungen nach dem nachstehenden Formular auszufertigen.

§ 2.

Der Arzt darf die Todes-Becheinigung nur auf Grund einer vorhergegangenen und von ihm persönlich vorgenommenen Leichenschau ausstellen. Ergiebt sich bei dieser, daß der Tod unter Umständen erfolgt ist, die auf eine Einwirkung des

Verstorbenen selbst oder eines Anderen oder auf eine gewaltthätige Todes-Ursache schließen lassen, dann ist der Arzt, falls amtliche Ermittlungen nicht bereits im Gange sind, verpflichtet, hiervon der Polizei-Direction unverzüglich Mitteilung zu machen.

§ 3.

Die Todes-Becheinigung muß dem Standes-amte von Demjenigen vorgelegt werden, welcher nach § 57 des Reichs-Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes pp. vom 6. Februar 1876 den Sterbefall anzuzeigen hat, ohne daß dadurch eine Ueberschreitung der durch dieses Gesetz vor-geschriebenen Anzeigefrist eintreten darf.

§ 4.

Uebertretungen dieser Polizei-Verordnung werden mit Geldstrafe bis zu 30 Mark oder ver-hältnismäßiger Haft bestraft.

§ 5.

Diese Polizei-Verordnung tritt am 1. Octobe-r d. J. in Kraft.

Wiesbaden, den 4. September 1901.

Der Polizei-Präsident. A. Prinz v. Ratibor.

Ausführungs-Bestimmungen zu vorstehen-der Polizei-Verordnung.

1. In der Regel hat der Arzt, der den Verstorbenen in seiner letzten Krankheit behandelt hat oder, wenn eine ärztliche Behandlung nicht vorher-gegangen ist, der Arzt, den die Angehörigen be-stimmen — bei städtischen Armen der Stadtarzt des betr. Bezirks — die Todes-Becheinigung aus-zustellen.

2. Weigert sich der behandelnde Arzt, die Becheinigung vorzunehmen, so ist der könig-liche Kreisarzt darum zu ersuchen. Derselbe hat der behandelnde Arzt auf Erfordern die Todesursache anzuzeigen.

3. Als Todesursache ist nicht die Art des Sterbens (Herzschlag, Lungenlähmung u. A.) oder die letzte Veranlassung (Operation, Bandschei-tenlähmung — nach Durchbruch eines Typhus-Geschwürs — Lungenentzündung — bei Masern — u.), sondern die ursprüngliche Krankheit (Darm-typhus, Typhus, Masern u. s. w.) anzugeben. Falls der behandelnde Arzt die Todesursache nicht angeben wünscht, steht es ihm frei, statt des Namens der Krankheit die betreffende Biffer nach Virchow's „System der Todesursachen“ zu verzeichnen.

4. In den Umständen, die gemäß § 2, Abs. 2, der Polizei-Verordnung eine unverzügliche Anzeige an die Polizei-Bebehörde erfordern, gehören ins-besondere folgende Fälle:

- a. wahrgenommene Zeichen einer verübten äußeren Gewaltthatigkeit,
- b. offensichtliche Vergiftung oder Verdacht einer Vergiftung, namentlich wenn Jemand nach dem Genuß einer verdächtigen Nahrung oder einer Kranei unter ver-dächtigen Zeichen erkrankt und stirbt,
- c. wenn Jemand unter der Behandlung eines nicht approbirten Arztes gestorben ist,
- d. wenn bei Neugeborenen eine Verheim-lichung der Geburt stattgefunden hat,
- e. wenn Unmündige aus Mangel der nöthigen Aufsicht um's Leben gekommen sind,
- f. wenn dem Verstorbenen der nöthige ärzt-liche Beistand und die geeignete Pflege vorenthalten ist, oder wenn ihm die nöthigen Bedürfnisse entzogen worden sind,
- g. alle plötzlichen Todesfälle, soweit sie nicht aus der — dem behandelnden Arzte be-kannten — Krankheit ihre natürliche Erklärung finden,
- h. alle Fälle, wo Personen todt aufgefunden werden, ohne Unterschied, ob sie bekannt sind oder nicht,
- i. alle Fälle, wo Jemand verunglückt ist,
- k. erwiesene oder mutmaßliche Selbst-tödlungen.

5. Den Aerzten steht es zu, für die Becheinigung der Leiche und Ausstellung der Todes-Becheinigung nach Maßgabe der Preussischen Verord-nung für Aerzte vom 15. Mai 1896 zu liquidiren.

Ärztliche Todesbecheinigung.

Die Leiche de... am... laufenden Monats, von... Uhr... hierseits im Alter... von... Jahr... Monat... Tag... muthmaßlich*) an... verstorbenen**

ist von mir vorchriftsmäßig becheinigt und an derselben die untrüglichen Zeichen des wirklichen Todes wahrgenommen worden. Spuren, die den Verdacht eines unnatürlichen Todes begründen könnten (§ 2, Abs. 2, der Polizei-Verordnung vom 4. September 1901) haben sich nicht auffinden lassen.

D... Verstorbenen befand sich in der zum Tode führenden Krankheit seit... in meiner Behandlung.

Wiesbaden,

Arzt.

*) Bei sicherer Diagnose ist das Wort „muth-mäßig“ zu streichen.

**) Angewiesen sind: Vor- und Familien-Namen, Stand, Beruf oder Gewerbe (bei Kindern die Angaben desgl. der Eltern). Bei außerehelich geborenen Kindern unter 5 Jahren ist dieser Um-stand besonders zu erwähnen.

